

Wahlprüfsteine 2026 - Fragen an die Frankfurter Parteien

Sehr geehrte Parteivorsitzende, sehr geehrte Damen und Herren,

als Zusammenschluss aus Initiativen unter dem Dach des Ernährungsrates Frankfurt engagiert sich das Aktionsbündnis „Ernährungswende in Frankfurt“ für ein auf allen Ebenen sinnvolles und zukunftsfähiges Ernährungssystem in der Stadt. Die Stadt Frankfurt hat sich bereits vor mehreren Jahren zu Zielen bekannt, die auf eine Ernährungswende einzahlen.

Dazu gehören unter anderem die Unterzeichnung des „Milan Urban Food Policy Pact“, die Beschlüsse zur „Zero Waste City“, der Status als Fair-Trade-Stadt, das Integrierte Klimaschutzkonzept (IKSK) Frankfurt und die Agenda 2030. Aus diesen Selbstverpflichtungen resultieren Verbindlichkeiten und Erwartungen der Wähler:innen in Form von sichtbaren Maßnahmen und Erfolgen auf dem Weg zur Zielerreichung.

Vor diesem Hintergrund möchten wir der Frankfurter Bürgerschaft anlässlich der anstehenden Kommunalwahlen die Positionen und Zukunftspläne Ihrer Partei für die kommende Legislaturperiode transparent zugänglich machen. Dafür haben wir die beigefügten Wahlprüfsteine als konkrete Fragen zu verschiedenen Themen formuliert. Bitte lassen Sie uns Ihre Stellungnahmen zu den Wahlprüfsteinen des Ernährungsrates Frankfurt bis zum **23. Januar 2026** per E-Mail an info@bionales.de zukommen.

Wir werden Ihre Antworten vor der Kommunalwahl auf unserer Website veröffentlichen – vollständig und im Wortlaut. Darüberhinaus behalten wir uns vor, die Inhalte zusammenzufassen, einzuordnen und in unserer Öffentlichkeitsarbeit zu verbreiten, zum Beispiel in den Sozialen Medien, um die interessierte Frankfurter Bürgerschaft zu erreichen.

Wir gehen davon aus, dass Sie als Partei diese Gelegenheit gerne nutzen, um ihre Position zur zukünftig immer wichtiger werdenden Ernährungspolitik zu benennen und ihre konkreten Vorhaben erläutern zu können.

Für Fragen stehen wir jederzeit gerne zur Verfügung und danken Ihnen im Voraus.

Mit freundlichen Grüßen
Ihr Bündnis Ernährungswende in Frankfurt

Bündnis „Ernährungswende in Frankfurt“

Das Aktionsbündnis „Ernährungswende in Frankfurt“ setzt sich für ein zukunftsfähiges, auf allen Ebenen sinnvolles Ernährungssystem in unserer Stadt ein. Unter dem Dach des Ernährungsrats Frankfurt arbeiten wir daran, Impulse in der Ernährungspolitik zu setzen und eine Transformation im Einklang mit den globalen Zielen für nachhaltige Entwicklung (SDGs) zu entwickeln.

Das Bündnis wird getragen vom Ernährungsrat Frankfurt, Lust auf besser Leben gGmbH, der Initiative Gastronomie Frankfurt e.V., Übermut und Die Kooperative e.G..

Unser Ziel ist es, Ernährung wieder in den öffentlichen Diskurs zu rücken – auf die Tische der Stadtgesellschaft ebenso wie auf die Agenden von Politik, Verwaltung und Wirtschaft. Wir bündeln unsere Kräfte: Jede Initiative bringt ihre Perspektive und Expertise ein, bleibt eigenständig sichtbar – während wir mit vereinter Stimme für eine lebenswerte Zukunft sprechen.

Wahlprüfsteine für Kommunalwahl 2026

1. Maßnahmen für den Erhalt und die Stärkung der Bio-regionalen Wertschöpfungsketten und der Ernährungssouveränität

Der Bund und das Land Hessen verfolgen bereits das Ziel, den Anteil an Bio-Lebensmitteln in der Gemeinschaftsverpflegung deutlich zu erhöhen und regionale Wertschöpfungsketten zu stärken. Dabei geht es zum einen um die Sicherung der Anbauflächen in der Region zum anderen um eine gesunde, pestizidfreie Ernährung. Die Bundesregierung strebt mit der Bio-Strategie 2030 an, dass bis 2030 u.a. mindestens 30 % Bio-Anteil auf den Äckern und in Bundeskantinen erreicht werden. Die Begründung liegt in der Förderung nachhaltiger Landwirtschaft, der Stärkung regionaler Wirtschaftskreisläufe und der Erhöhung der Krisenresilienz, da kürzere Lieferwege und regionale Strukturen unabhängiger von globalen Störungen machen. Der Landkreis Groß-Gerau (bis 2030 80% Bio-Quote in Schulmensen) und die Stadt Darmstadt (50% Bio-Anteil in der städtischen Gemeinschaftsverpflegung in Schulen und Kitas) gehen bereits voran und haben Bio-Quoten in der Gemeinschaftsverpflegung angestrebt und teils sogar finanziell bezuschusst.

Die Förderung regionaler Wertschöpfungsketten (WSKs) ist angesichts klimatischer Veränderungen und unsicherer Ernten im Ausland besonders wichtig. Wenn lokale Produktions- und Verarbeitungsstrukturen wegfallen, kann dies zu kritischen Versorgungslagen führen. In Hessen, etwa in Gießen, sollen deshalb neue Vorverarbeitungsstrukturen entstehen. Kooperationen, Vernetzungen und Bündelungen sind für die landwirtschaftlichen Betriebe in unserer Region zentral, da die Zusammenarbeit mit dem Großhandel aufgrund begrenzter Mengen oft schwierig ist. Food Hubs beispielsweise können praxisnahe Lösungen bieten, indem sie Produkte bündeln, Lieferketten koordinieren und neue Absatzmöglichkeiten schaffen. Solche Maßnahmen stärken die Wirtschaftlichkeit der regionalen Landwirtschaft und zur gesellschaftlichen Resilienz bei, indem nachhaltige, lokale Lebensmittelnetzwerke auch für Krisenzeiten etabliert werden.

Die Metropolregion Frankfurt Rhein/Main wurde als "nachhaltige Tourismusdestination" zertifiziert. Die Basis für dieses Zertifikat sind aktuell allerdings weniger als 100 von mehr als 2.500 Betrieben aus Gastronomie und Hotellerie. Hier ist also noch viel Luft nach oben.

Das alljährliche Foodtura-Festival von Initiative Gastronomie Frankfurt e.V., Klimagourmet und Umweltlernen e.V., bietet eine Plattform für verschiedene Vereine, Institutionen und Betriebe, um sich mit zukunftsfähiger, klimagerechter Ernährung, der sogenannten "Planetary Health Diet" und der Reduktion von Lebensmittelabfallen ("Food Waste") auseinanderzusetzen. Der Magistrat und die Stadtverordnetenversammlung befassen sich mit beiden Projekten.

Fragen:

1. Wie möchte Ihre Partei in der nächsten Amtsperiode konkret dazu beitragen, den Anteil an regional erzeugten Bio-Produkten in der Frankfurter Gemeinschaftsverpflegung zu erhöhen und regionale Wertschöpfungsketten zu stärken – mit Blick auf Gesundheit, Nachhaltigkeit und Versorgungssicherheit in Krisenzeiten?
2. Wie kann die Stadt Frankfurt als Arbeitgeberin mit gutem Beispiel voran gehen und für gesunde, bioregionale Versorgung der Mitarbeitenden sorgen?
3. Wird ihre Partei die Zertifizierung als nachhaltiges Reiseziel und die Ausweitung der teilnehmenden gastronomischen Betriebe unterstützen?
4. Werden Sie in ihrer Amtszeit das Foodtura Festival und andere niedrigschwellige B2B und B2C Formate zur Förderung von bio-regionaler Ernährung unterstützen?

2. Verbesserung der städtischen Schul- und Kitaverpflegung und Unterstützung durch strategische Ausschreibungen

Das einfache Thema „Essensversorgung von Kindern und Jugendlichen an Frankfurter Schulen“ erweist sich durch Verwaltungsvorschriften (Ausschreibungen) und die Beteiligung verschiedener Ämter (Schulamt, Sozialamt) als sehr komplex. Der Aufwand für Ausschreibungen und den Betrieb von einzelnen Küchen/ Produktionsküchen und Ausgabestellen ist damit höher als er sein müsste. Dazu ist es schwierig einheitlich gute Qualitätsstandards durchzusetzen. Der Nutzen von gesunder, bezahlbarer Ernährung für Kinder und Jugendliche ist enorm hoch und sollte einen entsprechenden Stellenwert in unserer Gesellschaft und unserer Kommunalpolitik haben.

Verschiedene Stimmen aus der Stadtpolitik fordern eine Rekommunalisierung der Schul- und Kitaverpflegung mit dem Ziel, eine nachhaltige Lösung für die Versorgung der Schülerinnen und Schüler mit bedarfsgerechtem, nachhaltig produziertem, gesundem und auch mehrheitlich akzeptiertem Essen zu erreichen.

Das Frankfurter Beispiel der Frischküchen in einzelnen Schulen über die Stadt verteilt, mit der Belieferung von 2-3 weiteren umliegenden Schulen, bietet eine gute Basis dafür. Ein erfolgreiches Beispiel für eine kommunal organisierte Versorgung liefert die Stadt Göttingen. Begonnen wurde diese

2008 und wird seitdem ständig evaluiert und verbessert. Auch die kommunale Versorgung in Darmstadt mit einem klaren Fokus auf bioregionale Ernährung, umgesetzt durch den EAD, ist als Best-Practice-Beispiel hervorzuheben. Nicht zuletzt bietet die kommunale Gemeinschaftsverpflegung die Möglichkeit die wirtschaftliche Lebensmittelproduktion in der Region zu erhalten, die Regionalwirtschaft zu stärken und die zumindest teilweise Versorgung der Bevölkerung mit lokal und nachhaltig erzeugten Nahrungsmitteln zu sichern.

Fragen:

1. Wie werden Sie sich für Maßnahmen einsetzen, mit denen das bestehende System europaweiter Neuaußschreibungen im Sinne der ökologischen, pädagogischen, sozialen und regionalwirtschaftlichen Ziele verbessert werden kann?
2. Wie könnte für Sie ein niedrigschwelliger Einstieg in die Selbstverwaltung über ein Pilotprojekt mit mehreren Schulen aussehen?
3. Welche Möglichkeiten sehen Sie, dem Mittagessen in Schulen im Rahmen des zukünftigen Ganztagesangebots einen qualitativ und zeitlich guten Rahmen zu geben?
4. Welche Möglichkeiten sehen Sie über städtische Kitas ein Pilotprojekt zu gesunder Ernährung mit den vom Bund geforderten 30% Bioanteil umzusetzen?

3. EU-Verbot von Einwegverpackungen und Maßnahmen auf kommunaler Ebene zur Abfallvermeidung

Die Außer-Haus-Verpflegung und die Essensangebote bei öffentlichen Großveranstaltungen benötigen aktuell eine enorme Masse an Einwegverpackungen. Gleichzeitig hat der Müll im öffentlichen Raum sehr zugenommen. Bereits 2021 wurde ein EU-weites Verbot von Einwegplastikverpackungen eingeführt. Seit 2023 gilt die Mehrwegangebotspflicht für die Gastronomie. In Frankfurt hat sich bisher vor allem das Mehrwegangebot von "Recup" etabliert. Das städtische Pilotprojekt "MainBecher" führt die FES durch. Die Frankfurter Unverpacktläden fungieren seit vielen Jahren als Leuchtturmprojekte für einen ressourcenschonenden Lebensstil. Ausflüge und Workshops für Schulklassen, Zero-Waste-Vorträge und -Picknicks sowie ein breit gefächertes Angebot an hochwertigen bio-regionalen Lebensmitteln machen diese Läden aus. Leider kommen die bestehenden Unverpacktläden in der aktuell schwierigen Konsumlage wirtschaftlich an ihre Grenzen.

Fragen:

1. Welche Maßnahmen wollen Sie ergreifen, um Einwegverpackungen bzw. Einweggeschirr bei öffentlichen Veranstaltungen zu reduzieren?
2. Welche Möglichkeiten sehen Sie, um zum Überleben der Unverpacktläden als Leuchtturmkonzepte für die angestrebten Zero-Waste-Ziele zu sichern?
3. Welche Maßnahmen wollen Sie ergreifen, um die Durchsetzung des Einwegplastikverbots und der Mehrwegangebotspflicht zu ermöglichen?

4. Wie soll das Mehrwegsystem der FES Frankfurt weitergeführt werden?
5. Sind ähnliche Initiativen zur Förderung der Verringerung von Verpackungsmüll geplant?
6. Wie lassen sich regionale Kooperationen, die Effizienz und die Reichweite verbessern?

4. Lebensmittelverschwendungen

Die Stadt Frankfurt am Main hat sich mit dem Beitritt zur Initiative „Städte gegen Food Waste“ im Februar 2022 sowie mit dem Ziel, eine „Zero Waste City“ zu werden, klar gegen Lebensmittelverschwendungen positioniert. Knapp 20% der aktuellen Lebensmittelverschwendungen findet in der Gemeinschaftsverpflegung statt und hat damit massive ökologische, ökonomische und klimatischen Folgen. Zentrale Hebel für Städte zur Reduzierung von Lebensmittelverschwendungen in der Außer-Haus-Verpflegung sind z.B. systematisches Monitoring der Abfälle, Schulungen und Qualifizierung des Küchenpersonals sowie Kooperationen mit Lebensmittelrettungs- und Weitergabeinitiativen. Studien und kommunale Praxisbeispiele zeigen, dass durch die konsequente Umsetzung solcher Maßnahmen in der Außer-Haus-Verpflegung Einsparungen von rund 30–50 % der Lebensmittelabfälle möglich sind.

Fragen:

1. Welche konkreten Maßnahmen planen Sie, um Verschwendungen in der Außerhausverpflegung zu erfassen und zu reduzieren?
2. Würden Sie ein verbindliches Monitoring von Lebensmittelabfällen in kommunalen Einrichtungen (z. B. Kitas, Schulen, Krankenhäusern, Kantinen) einführen?
3. Ab wann würden Sie dieses einführen?
4. Planen Sie Kooperationen mit Lebensmittelrettungsinitiativen strukturell zu unterstützen oder auszubauen?
5. Wie sehen diese Kooperationen aus?
6. Welche quantitativen Reduktionsziele (z. B. in Prozent) setzt sich Frankfurt für die Außer-Haus-Verpflegung bis 2030?
7. Wie soll die Zielerreichung überprüft werden?
8. Wie kann das Engagement gegen Lebensmittelverschwendungen in der Außerhausverpflegung in die Zero-Waste-Strategie der Stadt Frankfurt integriert und finanziell abgesichert?

5. Einsatz zur Schaffung einer zuständigen Stelle für das Thema Nachhaltige Ernährung in der Stadt Frankfurt am Main zu u.a. der Erarbeitung einer kommunalen Ernährungsstrategie.

Der Ernährungsrat Frankfurt bearbeitet das Thema Ernährung in Frankfurt in verschiedenen Arbeitskreisen, in der Hauptsache im Ehrenamt. Das Thema Ernährung betrifft viele Bereiche der Stadtpolitik (Gesundheit, Bildung, Wirtschaft, Umwelt, Soziales, u.a.). Zur Zeit gibt es keine Stelle in der Stadt, die dieses Thema verantwortet, aus den verschiedenen Bereichen zusammenführt und

gemäß des Milan Urban Food Policy Pact voranbringt. Kommunale Ernährungsstrategien, die ständig weitergeführt werden, findet man z.B. in den Biostädten Bremen und Leipzig, sowie in Freiburg.

Fragen:

1. Wie wollen Sie sich dafür einsetzen, dass die zuständigen Dezernate und Ämter die gemeinsamen Ziele rund um das Thema gesunde und nachhaltige Ernährung koordiniert verfolgen?
2. Setzen Sie sich beispielsweise für eine zentrale zuständige Stelle für das Querschnittsthema "Nachhaltige Ernährung" in der Stadt Frankfurt am Main ein, die u.a. für eine kommunale Ernährungsstrategie und als Anlaufstelle für Anliegen der Bürgerschaft, der Vereine, Verbände und sonstigen privaten und öffentlichen Initiativen/Anfragen zuständig ist?

6. Maßnahmen zur Erhaltung von fruchtbaren Böden und zur Förderung ökologisch bewirtschafteter (städtischer) Landwirtschaftsflächen

Die landwirtschaftlichen Flächen in und um Frankfurt sind besonders von Versiegelung bedroht, dabei sind viele Böden im weltweiten Vergleich besonders fruchtbar. Es ist damit zu rechnen, dass mit der Versteppung von Flächen in aktuellen Erzeugungsregionen die Lebensmittelproduktion vor unserer Haustür maßgeblich zur Versorgungssicherung beitragen muss. Das klingt für viele Frankfurter wie Science Fiction, wird aber bei der Kommission in Brüssel oder der FAO in Rom mit großer Besorgnis diskutiert. Neben der Versiegelung von Böden bedroht die nicht nachhaltige Flächenbewirtschaftung die Gesunderhaltung der Böden. Und der Beitrag der Flächenbewirtschaftung zur Klimagassspeicherung bleibt ungenutzt.

Die Bewirtschaftung der städtischen Flächen könnte hierbei nicht nur zur Versorgung mit ökologisch erzeugten Lebensmitteln, z.B. in der Außer-Haus-Verpflegung beitragen, sondern auf die Erreichung mehrerer Nachhaltigkeitsziele gleichzeitig "einzahlen". Beispiele aus bayrischen Städten zeigen, dass die Nachfrage von öffentlichen Kantinen nach bio-regionalen Produkten unmittelbar zur Wasserqualität und zur verbesserten Akzeptanz der Landwirtschaft bei Verbrauchergruppen beitragen kann. Damit werden Böden und Flächen für die zukünftige Ernährung gesichert und ein unmittelbarer Beitrag zum nachhaltigen Wirtschaft und zum Klimaschutz geleistet.

Fragen:

1. Wie wollen Sie fruchtbare Ackerflächen in und um Frankfurt vor Versiegelung und zur Lebensmittelversorgung, als Frischluftschneise, Wasserfilter, Klimagassspeicher und Biodiversitätsnische für zukünftige Generationen sichern?
2. Welche Möglichkeiten sehen Sie, um die Umstellung auf den Ökolandbau auf städtischen und auf anderen Landwirtschaftsflächen in Frankfurt zu begünstigen?

3. Setzen Sie sich beispielsweise für die Bevorzugung von ökologisch erzeugten Lebensmitteln aus dem Stadtgebiet oder umittelbaren Umland, z.B. in öffentlichen Kantinen oder der privaten Gastronomie, ein?
4. Wie genau sieht Ihr Einsatz dazu aus?

7. Angebot von bio-regionalen Lebensmitteln auf den Frankfurter Wochenmärkten

Regionale Marktstände bieten eine Vielzahl von Vorteilen, die sowohl Verbraucher:innen als auch die lokale Wirtschaft betreffen. Durch den direkten Verkauf saisonaler Produkte bleiben Frische, Geschmack und Nährstoffe optimal erhalten, während gleichzeitig kurze Transportwege Ressourcen schonen. Der Einkauf vor Ort stärkt zudem lokale Betriebe, schafft Arbeitsplätze und hält wirtschaftliche Wertschöpfung in der Region, was die lokale Vielfalt fördert.

Zugleich ermöglichen Marktstände Transparenz und Vertrauen, da Herkunft, Produktionsweisen und Qualität der Produkte nachvollziehbar sind. Die umweltfreundliche Beschaffung durch kurze Lieferwege und geringeren Verpackungsaufwand trägt zusätzlich zur Reduktion von CO₂-Emissionen bei. Produzent:innen profitieren von fairen Erlösen, während Kund:innen eine direkte Beziehung zu den Erzeuger:innen in der Region aufbauen können.

Darüber hinaus stärken regionale Märkte die Krisenresilienz und erhöhen den Selbstversorgungsgrad in der Region, da lokale Lieferketten weniger anfällig für globale Störungen sind. Aktuell liegt der Selbstversorgungsgrad in der Metropolregion Frankfurt bei alarmierenden 30 % und in Hessen insgesamt bei lediglich etwa 50 % (Schön & Böhringer, 2023). Schließlich schaffen Wochenmärkte Räume für Begegnung, Austausch und kulturelle Aktivitäten und stärken damit das soziale Miteinander sowie die Beteiligung der Gemeinschaft.

Fragen:

1. Mit welchen Maßnahmen will die Stadt erreichen, dass Bürger:innen vermehrt bioregionale Lebensmittel auf den Wochenmärkten finden können und einkaufen?
2. Ist eine Subventionierung der Stände für bio-regionale Erzeuger:innen geplant und wenn ja, in welchem Rahmen?

8. Etablierung eines House of Food als Umschlagsplatz durch den Ernährungsrat Frankfurt.

Das House of Food Frankfurt (HoFF) soll Erzeuger:innen aus Hessen mit der städtischen Gastronomie und Gemeinschaftsverpflegung verbinden und so den Anteil bio-regionaler Lebensmittel in der Rhein-Main-Region erhöhen. Als zentrale Plattform würde es regionale Wertschöpfungsketten auf- und

ausbauen, Akteur:innen vernetzen und strukturelle Hürden beim Bezug regionaler Produkte – insbesondere in der Außerhausverpflegung – reduzieren.

Erfahrungen aus Städten wie München („Haus der Kost“) oder Kopenhagen („House of Food Copenhagen“) zeigen, wie regionale Ernährungssysteme durch kommunale Förderung gestärkt werden können. Das HoFF würde den Zielen des Milan Urban Food Policy Pact entsprechen, indem es nachhaltige, stadtnahe Lebensmittelproduktion fördert und zur Resilienz der städtischen Versorgung beiträgt. Es könnte Lieferketten koordinieren, Synergien zwischen Betrieben herstellen und einen zentralen Umschlagsplatz für regionale Erzeugnisse bereitstellen. Darüber hinaus bietet es Raum für Austausch, Bildungsangebote und Veranstaltungen, die Wissen über nachhaltige Ernährung vermitteln.

Durch gezielte Öffentlichkeitsarbeit kann das HoFF erfolgreiche Beispiele regionalen Wirtschaftens hervorheben und das Bewusstsein für regionale Wertschöpfung stärken. Für Frankfurt wäre das HoFF ein wichtiger Baustein einer zukunftsfähigen, krisensicheren Ernährungsstrategie.

Fragen:

1. Wie will Ihre Partei in der nächsten Amtsperiode die Etablierung und langfristige Förderung des House of Food Frankfurt unterstützen – etwa durch die Bereitstellung einer Immobilie oder die strukturelle Einbindung in die städtische Ernährungs- und Nachhaltigkeitspolitik?
2. In welcher Weise soll die Stadt Frankfurt, das Ihrer Meinung nach in Zukunft unterstützen?

9. Maßnahmen zur Förderung von gemeinnützigen kommunalen Stadtteilküchen zur Stärkung der Ernährungssicherheit in Frankfurt.

Der Gesundheitsbeirat des Gesundheitsamts empfiehlt: „Durch die Schaffung öffentlicher Orte wie Gemeinschaftsküchen oder urbaner Gärten wird eine Kultur des gemeinsamen Essens und des Austauschs von Ernährungswissen gefördert. Sie kann dazu beitragen, soziale Bindungen zu stärken, Einsamkeit zu bekämpfen und das Bewusstsein für gesunde Ernährung zu erhöhen.“

Sogenannte Stadtteilküchen ermöglichen bedarfsgerechte, gesunde Ernährung besonders auch für prekäre Gruppen, ermöglichen sozialen Austausch im Viertel, tragen zur Integration bei, unterstützen z.B. Alleinerziehende durch Übernahme dieser Care-Arbeit und übernehmen damit einen weiteren Teil der Daseinsfürsorge durch die Kommune.

Frage:

1. Durch welche Maßnahmen wollen Sie die Einrichtung kommunaler Stadtteilküchen (in Berlin z.B. „Lebensmittelpunkte“ mit weit größerem Angebot) ermöglichen und bereits bestehende, meist ehrenamtlich getragene Angebote zuverlässig fördern?